

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE über rechtliche Anerkennung von Familienbetreuung	2
COFACE veröffentlicht Wahlcheck zur Europawahl	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU-Parlament fordert bessere Wirtschaftskordinierung am Europäischen Semester	2
EU-Kommission setzt sich zur Stärkung der Sozialen Lage ein	2
Schlussfolgerungen der Gipfeltagung des Europäischen Rats	3
AdR fordert EU-Sozialinvestitionspaket zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	3
EU-Parlament stimmt für eine Modernisierung der Berufsqualifikations-Richtlinie	3
EU-Parlament beschließt strengere Regeln für Medizinprodukte	3
EU-Parlament unterstützt Kommissionsvorschlag zur Frauenquote in Unternehmen	4
Öffentliche Konsultation zum EU-weiten Verbraucherschutz	4
EU-Kommission fördert Initiative „Jugendgarantie“	4
EU-Parlament beschließt strengere Tabakregeln	5
EU-Kommission benennt Arbeitsschwerpunkte für 2014	5
Weitere Nachrichten	5
Grundlegender Internetanschluss für alle verfügbar	5
Integration: Open Days 2013 – Europäische Woche für Regionen und Städte	5
Europaweite Patientenrechte sollen zukünftig für alle Mitgliedstaaten in Kraft treten	5
Welttag für menschenwürdige Arbeit 2013	6
Internationaler Weltmädchentag	6
Internationaler Tag der Beseitigung der Armut	6
Berichte und Studien	6
Europäischer Bericht zur Prävention von Kindesmisshandlung	6
OECD Ländervergleich zur Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften	7
Studie zur Lebensqualität in Europas Städten	7
Erhebung von EU-Kommission und OECD über Kompetenzen von Erwachsenen	7
EEA-Bericht: Luftverschmutzung verursacht Gesundheitsschäden in Europa	7
EU-Kommission legt Studie zur Armutseinwanderung vor	8
Online-Umfrage für Online-Tool für Kinder und Jugendliche vom Sonderbeauftragten für Gewalt gegen Kinder	8
Eurostat veröffentlicht Statistiken zur EU-Zukunftsstrategie 2020	8
EU-Kommission veröffentlicht Ergebnisse zur weltweiten Armutsbekämpfung	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE zu rechtlicher Anerkennung von Familienbetreuung

COFACE setzt sich für eine bessere Unterstützung für Pflegebedürftige sowie für eine rechtliche Anerkennung für die Pflegenden ein. Am 18. Oktober 2013 veranstaltete die COFACE dazu ein Fachgespräch.

COFACE plant Wahlcheck zur Europawahl

Der Wahlcheck soll einen Überblick zur Familienpolitik der politischen Fraktionen im EU-Parlament geben. In ihm werden die verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen der politischen Fraktionen im Europäischen Parlament über soziale Bereiche verglichen. Er soll Anfang 2014 veröffentlicht werden.

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament fordert bessere Wirtschaftskoordination am Europäischen Semester

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung im EU-Parlament (ECON) fordert in seiner am 01. Oktober 2013 verabschiedeten Entschließung umfassende Verbesserungen am Europäischen Semester. Die Wirtschaftskoordination zwischen den EU-Mitgliedstaaten müsse sich deutlich verbessern. Außerdem wird die EU-Kommission aufgefordert, verstärkt soziale Belange in das Semester und die gesamte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) einzuarbeiten. Legislativvorschläge seien nötig, um der WWU eine soziale Säule zu geben.

Auch in seiner Plenarsitzung vom 21. bis 24. Oktober 2013 hat das EU-Parlament über das Europäische Semester diskutiert. Es unterstützt die Position, dass eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik wichtig sei, um Wachstum, Beschäftigung und Investitionen zu fördern.

- [Bericht zur Entschließung des EU-Parlaments über das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung](#) 
- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Plenarsitzung zum Europäischen Semester](#) 

EU-Kommission setzt sich für Stärkung der Sozialen Lage ein

Die EU-Kommission will die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion stärker in den Fokus nehmen. So sollen im Rahmen des Europäischen Semesters weitere Indikatoren festgelegt werden, um größere beschäftigungs- und sozialpolitische Probleme bereits im Ansatz zu erkennen und besser zu analysieren. Neben der Frühüberwachung sieht die Kommission drei weitere Bausteine für eine stärkere soziale Dimension: 1. größere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, 2. stärkere berufliche Mobilität über die Grenzen hinweg sowie 3. den Ausbau des sozialen Dialogs. Die EU-Kommission schlägt zudem vor, dass die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2014-2020 mindestens 20 Prozent ihrer Mittelzuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderung der sozialen Inklusion und die Armutsbekämpfung einsetzen.

Der ebenfalls vorgelegte EU-Sozialbericht zeigt die Bedeutung einer starken sozialen Dimension für eine robuste Wirtschafts- und Währungsunion. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Reform der nationalen

Sozialsysteme seien notwendig, um dem Ungleichgewicht zwischen den Ländern des Euroraums entgegenzuwirken.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion](#)
- [Sozialbericht der EU-Kommission über Beschäftigung, Soziales und die Schwächen des wirtschaftlichen Aufschwungs in der EU](#)
- [Mitteilung der EU-Kommission an das EU-Parlament und den Rat: Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschaft und der Währungsunion](#)  

Schlussfolgerungen der Gipfeltagung des Europäischen Rats (ER)

Staats- und Regierungsleiter/innen der EU diskutierten am 24./25. Oktober 2013 folgende Punkte: 1. Digitale Wirtschaft, Innovation und Dienstleistungen, 2. Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie 3. Wirtschafts- und Währungsunion. Der ER fordert weitere Anstrengungen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit durch die baldige Umsetzung der Jugendgarantie und der Europäischen Ausbildungsbilanz. Außerdem verlangt er eine stärkere und sozialere WWU sowie Innovationsanreize. Diese neuen Instrumente sollten schon für das Europäische Semester 2014 genutzt werden. Zusätzlich soll es eine intensivere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern in Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik geben. Die EU wolle den drei Grundsätzen „Vorbeugen, Schutz und Solidarität“ stärker folgen. Da es sich bei Migrationsströmen um ein komplexes Phänomen handle, wird man sich erst im Juni 2014 wieder mit dem Thema bei einem ER befassen, um im Rahmen einer breiter und längerfristig angelegten politischen Perspektive auf Migrations- und Asylfragen zurück kommen.

- [Schlussfolgerungen des ER zur Tagung am 24./25. Oktober 2013](#) 

AdR fordert EU-Sozialinvestitionspaket zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Der Ausschuss der Regionen (AdR) fordert die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu ergreifen. Es sollten auf nationaler Ebene klare Investitionsziele gesetzt werden, die auf europäischer Ebene durch einen Sozialinvestitionspaket koordiniert werden. Ziel sei es, den sozialen Aspekten die gleiche Priorität wie dem Binnenmarkt einzuräumen.

- [Entwurf zum Beschluss der Stellungnahme des AdR: Das Paket der EU zu Sozialinvestitionen](#) 

EU-Parlament stimmt für eine Modernisierung der Berufsqualifikations-Richtlinie

Das EU-Parlament hat der Modernisierung der Richtlinie über Berufsqualifikationen zugestimmt. Mit ihr soll qualifizierten Berufstätigen die europaweite Stellensuche künftig erleichtert werden. Mit der Einführung eines Europäischen Berufsausweises werden Qualifikationen leichter und schneller anerkannt. Der Berufsausweis wird ergänzt durch ein optimiertes Anerkennungsverfahren im Rahmen des bestehenden Binnenmarkt-Informationssystems (IMI).


- [Bericht des EU-Parlaments über den Vorschlag für eine Modernisierung der Berufsqualifikations-Richtlinie](#) 

EU-Parlament beschließt strengere Regeln für Medizinprodukte





Nachdem die EU-Kommission bereits mehr Sicherheit für Medizinprodukte gefordert hatte, einigte sich das EU-Parlament auf verschärfte Überwachungs- und Zulassungsverfahren von Medizinprodukten in der EU.

Beschlossen wurden unangekündigte Kontrollen bei den Herstellern nach Zulassung der Produkte, ein System zur Rückverfolgbarkeit von Medizinprodukten sowie die Einführung eines Implantate-Passes für Patient/innen. Die Anforderungen an die Qualität und Transparenz der zuständigen Stellen in Europa für die Markteinführung neuer Hochrisikoprodukte (in Deutschland Dekra und TÜV) sollen künftig stärker durchgesetzt werden. Sie müssen spezielle Kenntnisse nachweisen, um eine Autorisierung durch die Europäische Arzneimittelagentur zu erhalten. Außerdem soll die Sicherheit für Patienten bei Produkten für Schwangerschaftstests, HIV- und DNA-Untersuchungen verbessert werden. Das EU-Parlament verlangt die Einrichtung einer Ethikkommission und Regeln für genetische Beratung und für die freie Einwilligung von Patienten nach vorheriger Aufklärung. Zudem soll europaweit eine Beratungspflicht für Gentests eingeführt werden.

EU-Parlament unterstützt Kommissionsvorschlag zur Frauenquote in Unternehmen

Der Rechtsausschuss (JURI) und der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Europäischen Parlaments hat dem EU-Kommissionsvorschlag (siehe [Europa News von November 2012](#) ) zugestimmt, der eine Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten aller börsennotierten Unternehmen bis 2020 auf 40 Prozent fordert. Dieses Ziel soll für alle in der EU registrierten privaten Aktiengesellschaften gelten, auch wenn der Frauenanteil im gesamten Unternehmen unter 10 Prozent liegt. Staatliche Unternehmen müssen die Verpflichtung bereits 2018 erfüllen. Kleine und mittelständische Unternehmen bleiben von der Regelung ausgenommen. Unternehmen, die das Ziel bis 2020 nicht erreichen, sollen sich vor nationalen Regulierungsbehörden verantworten müssen. Bei den Sanktionen gegenüber diesen Unternehmen fordert das EU-Parlament zusätzlich neben Bußgeldern auch den Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen oder von EU-Strukturmitteln.

Die Abstimmung fällt zeitlich mit dem neuen Bericht der Europäischen Kommission über Frauen in Entscheidungspositionen zusammen. Dieser beinhaltet aktuelle Zahlen von April 2013 und zeigt, dass der Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen von 15,8 Prozent (Oktober 2012) auf 16,6 Prozent gestiegen ist.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Frauenquote in Unternehmen](#)  
- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum Thema „Frauen in Führungspositionen“](#)
- [Bericht der EU-Kommission über Frauen in Entscheidungspositionen“](#)  

Öffentliche Konsultation zum EU-weiten Verbraucherschutz

Eine öffentliche Konsultation der EU-Kommission fragt nach grenzüberschreitendem Verbraucherschutz. Bis zum 31. Januar 2014 können sich interessierte Bürger/innen, Verbände und Unternehmen an der Frage beteiligen, wie nationale Stellen bei Verstößen gegen das Verbraucherrecht besser zusammenarbeiten, rechtswidrige Praktiken besser verhindert werden und die Rechte der Verbraucher/innen besser durchgesetzt werden können. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die laufenden Arbeiten an der Verbesserung des europaweiten Netzwerks der nationalen Verbraucherschutzbehörden einfließen.

- [Öffentliche Konsultation zum EU-weiten Verbraucherschutz](#)


EU-Kommission fördert Initiative „Jugendgarantie“

Die EU-Kommission hat konkrete Regeln für eine zügige Umsetzung der Jugendgarantie vorgelegt. Die Mitgliedstaaten sollen die von 2014 bis 2020 bereitgestellten sechs Milliarden Euro beschleunigt einsetzen

können und jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern. Mit der Jugendgarantie soll jeder EU-Bürger unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss einer formellen Ausbildung oder bei Arbeitslosigkeit ein Angebot für eine neue Stelle, eine Weiterbildung oder einen Ausbildungsplatz erhalten.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Jugendgarantie und deren Umsetzung](#)

EU-Parlament beschließt strengere Tabakregeln

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben sich auf strengere Regeln für Tabakprodukte geeinigt. Der Beschluss fällt in einigen Punkten schwächer aus als ursprünglich von der EU-Kommission vorgeschlagen. (siehe [Europa News vom September 2013](#) ) Das wichtigste Ziel der Revision sei ein besserer Schutz junger Menschen vor den Gefahren des Rauchens.

EU-Kommission benennt Arbeitsschwerpunkte für 2014

Die EU-Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das kommende Jahr beschlossen. Den Schwerpunkt bildet die Vollendung der Bankunion, des Binnenmarktes und der digitalen Agenda. Langfristige Ansätze sollen auch in Schlüsselbereichen wie Energie, Klima und Justiz verfolgt werden. Zudem soll die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen sowie auch die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit hohe Priorität haben.

- [Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2014](#) 

Weitere Nachrichten

Breitband-Internetanschluss für alle durch Satellitenverbindungen verfügbar

Grundlegende breitbandige Satellitenverbindungen stehen nun EU-weit zur Verfügung. Damit habe laut EU-Kommission jeder Haushalt, auch in entlegenen Regionen, die Möglichkeit, einen Internetanschluss zu erhalten. Da der Satelliten-Breitbandanschluss als Möglichkeit für einen schnellen Internetanschluss relativ unbekannt ist, hat die für die Digitale Agenda zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes die Initiative [broadbandforall.eu](#) gestartet, auf der die jeweilige Verfügbarkeit dargestellt wird.

- [Website der Initiative broadbandforall.eu](#)



Integration: Open Days 2013 – Europäische Woche für Regionen und Städte

Im Programm der Open Days fand am 10. Oktober 2013 ein Workshop zur lokalen Integration von Roma statt. Berichtet wurde unter anderem über vielfältige Aktivitäten und Erfolge zur Integration von Roma. Entscheidender Schlüssel zum Gelingen von Integration sei die Vermittlung von Bildung sowie die Suche nach geeigneten Vermittlern zwischen den Kulturen, die die Integration erleichtern. Beispiele für eine gelungene Integration von Roma seien gegebenenfalls auf die Integration anderer Migrantengruppen übertragbar.

Europaweite Patientenrechte sollen zukünftig für alle Mitgliedstaaten in Kraft treten

Nach der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung des Patientenrechts in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung waren alle Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, diese bis zum 25. Oktober 2013 in nationales Recht umzusetzen. Bürger/innen in der EU haben somit in Zukunft die Wahl, ob sie sich von einem

Arzt im Inland oder in einem anderen europäischen Staat behandeln lassen. Die Kosten für die Behandlung soll die Krankenkasse bis zu der Höhe erstatten, die im Inland angefallen wäre. Die neuen Regeln gelten für privat und gesetzlich Versicherte. Die Notwendigkeit zur Zustimmung der Krankenkassen zu Behandlungen im europäischen Ausland soll in Zukunft nur noch in bestimmten Fällen eingeholt werden. Geplante Behandlungen kann die Krankenkasse nur dann ablehnen, wenn für die Patient/innen ein Risiko besteht und wenn die Behandlung im Inland in einem medizinisch vertretbaren Zeitrahmen erfolgen könnte. Außerdem ist eine zentrale Anlaufstelle in jeden Mitgliedstaat geplant, die über die Rechte der Patienten auf gesundheitliche Versorgung in ganz Europa informiert.

- [Memo der EU-Kommission zu den europaweiten Patientenrechten](#) 
- [Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung](#) 

Welttag für menschenwürdige Arbeit 2013

Am 07. Oktober 2013 war der diesjährige Welttag für menschenwürdige Arbeit. An diesem Tag treten die Gewerkschaften öffentlich für die Herstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen ein. Mehr als 200 Veranstaltungen in rund 60 Ländern wurden für diese 6. Auflage des Welttages organisiert.

Internationaler Weltmädchentag

Am 11. Oktober 2013 fand zum zweiten Mal der internationale Weltmädchentag statt. Ziel ist es, ein starkes Bewusstsein für die besondere Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen zu schaffen, die in Teilen der Welt noch immer vermehrt von Gewalt, sexuellem Missbrauch, Diskriminierung und Ungerechtigkeit geprägt ist.

Internationaler Tag der Beseitigung der Armut

Der 17. Oktober 2013 war der „Internationale Tag für die Beseitigung der Armut“. Die Vereinten Nationen erklärten ihn 1992 zum einen offiziellen Tag. Seitdem haben sich Menschen unterschiedlicher Kulturen, Überzeugungen und Herkunft weltweit jedes Jahr am 17. Oktober versammelt, um ihr Engagement im Kampf gegen die Armut fortzuführen und ihre Solidarität mit den Armen zu bekunden.

Berichte und Studien

Europäischer Bericht zur Prävention von Kindesmisshandlung

Das WHO-Regionalbüro für Europa veröffentlichte einen Bericht zur Prävention von Kindesmisshandlung. Der Bericht schildert das Ausmaß von Kindesmisshandlung sowie deren Ursachen und Folgen und zeigt die Kostenwirksamkeit von Präventionsprogrammen. Er enthält unter anderem Argumente für höhere Investitionen in die Prävention.

- [Bericht zur Prävention von Kindesmisshandlung](#)  

OECD Ländervergleich zur Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften

Die Studie im Rahmen des Projekts Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann-Stiftung über „Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich“, zeigt verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen und was die Regierungen Europas dagegen tun sollten. Wichtige Faktoren seien Kinderarmut sowie Sozialausgaben zwischen Jung und Alt.

- [Studie der Bertelsmann-Stiftung: Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich](#) 

Studie zur Lebensqualität in Europas Städten

Die EU-Kommission hat die Ergebnisse einer alle drei Jahre stattfindenden Umfrage zur Wahrnehmung der Bürger/innen der Lebensqualität in ihren Städten vorgelegt. Die Eurobarometer-Umfrage wurde unter 41.000 Bürger/innen in insgesamt 79 Städten in den EU-Staaten sowie Island, Norwegen, Schweiz und der Türkei durchgeführt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass gute Gesundheitsversorgung, Arbeits- und Ausbildungsplätze die wichtigsten Themen seien, um die sich die Stadtverwaltungen aus Sicht der Bürger/innen kümmern sollten. Seit der letzten Umfrage 2009 hätte die Unsicherheit über die Arbeitsplatzsituation in vielen Städten deutlich zugenommen, auch mit Schulen und Bildungsangeboten seien die Menschen vieler europäischer Hauptstädte unzufrieden. Dafür sei jedoch in 74 von 79 Städten eine Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht, dass die Zuwanderung von Ausländer/innen sich positiv auf ihre Städte auswirke. Die Einschätzungen über die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs, die Gesundheitsversorgung und ihre eigene finanzielle Situation gehen bei den Befragten weit auseinander.

- [Ergebnisse der Umfrage zur Lebensqualität in Europas Städten](#)  

Erhebung von EU-Kommission und OECD über Kompetenzen von Erwachsenen

Die erst umfassende internationale Erhebung der EU-Kommission und der OECD über die Kompetenzen von Erwachsenen kommt zu den Hauptergebnissen, dass 20 Prozent der EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter über unzureichende Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten verfügen. 25 Prozent der Erwachsenen fehlen die notwendigen Computerkenntnisse, um die Informations- und Kommunikationstechnologien erfolgreich nutzen zu können. Außerdem gebe es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern in Bezug auf die Kompetenzen, die durch die formale Schulbildung erworben werden.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission über die Erhebung über die Kompetenzen von Erwachsenen](#)

EEA-Bericht: Luftverschmutzung verursacht Gesundheitsschäden in Europa

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat ihren Jahresbericht zur Luftverschmutzung in Europa für 2013 vorgelegt. Danach seien rund 90 Prozent der Stadtbewohner/innen in der EU weiterhin mindestens einem Luftschadstoff in Konzentrationen ausgesetzt, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als gesundheitsschädlich eingestuft werden. Trotz sinkender Emissionswerte und des Rückgangs einiger Schadstoffkonzentrationen in den letzten Jahrzehnten sei das Luftverschmutzungsproblem in Europa noch lange nicht gelöst. Vor allem Feinstaub und bodennahes Ozon führten nach wie vor zu Atembeschwerden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vorzeitigen Sterbefällen.

- [EEA-Bericht: Luftverschmutzung in Europa für 2013](#)

EU-Kommission legt Studie zur Armutseinwanderung vor

Laut EU-Kommission entsteht durch den Zuzug von Menschen aus anderen EU-Staaten, vor allem Rumänien und Bulgarien keine Mehrbelastung der Sozialsysteme des Gastlandes. Die von deutschen Gemeinden und Regierungen beklagte Armutseinwanderung, vor allem aus Rumänien und Bulgarien sei nicht belegt. Die Studie besagt, dass der Anteil der Einwanderer/innen aus anderen Mitgliedstaaten, die in Deutschland beitragsunabhängige Sozialleistungen in Anspruch nehmen, auf unter fünf Prozent geschätzt werde. Von den nicht arbeitenden Einwanderer/innen lebten 80 Prozent in einem Haushalt, in dem zumindest ein Familienmitglied arbeitet.

Die deutschen Gemeinden und Regierungen sehen durch Einwanderer/innen weiterhin eine Herausforderung für das Sozial- und Gesundheitssystem. Aufgrund von Klagen aus Deutschland und anderen EU-Ländern über einen angeblich starken Anstieg von sogenannter Armutseinwanderung hat die EU-Kommission einen Aktionsplan vorgelegt. Damit werde sichergestellt, dass die Regeln zur Freizügigkeit die richtige Balance zwischen Rechten und Pflichten hätten.

Online-Umfrage für Online-Tool für Kinder und Jugendliche vom Sonderbeauftragten für Gewalt gegen Kinder

Das Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Gewalt gegen Kinder (SRSG) entwickelt ein Online-Tool für Kinder und Jugendliche. Dabei soll in Form von Büchern, Spielen, Videos und Projekten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, sich auszutauschen und Informationen über alle Formen der Gewalt wie Beschimpfungen, körperliche Misshandlung, sexueller Missbrauch und Mobbing gegeben werden. Spezielles Augenmerk soll auf der Verhinderung von Gewalt und dem Verhalten der Betroffenen liegen.

Eine Online-Umfrage soll bei der Gestaltung des Projektes für den Einsatz für Kinder auf der ganzen Welt helfen. Die Fragen dienen einem besseren Verständnis von Gewalt und bieten Unterstützung für Kinder. Die Umfrage ist verfügbar in Englisch, Französisch und Spanisch.

- [Internetpräsenz der SRSG "Child Friendly Web Tool" Umfrage](#)


Eurostat veröffentlicht Statistiken zur EU-Zukunftsstrategie 2020

Zu jedem der fünf Leitindikatoren der Europa 2020-Strategie zeigt die Veröffentlichung von Eurostat die Entwicklungen für den Zeitraum zwischen 2000 bzw. 2005 und die jeweils aktuellsten verfügbaren Daten (2011 bzw. 2012).

- [Pressemitteilung von Eurostat zu den Leitindikatoren der Europa 2020 Strategie](#)

EU-Kommission veröffentlicht Ergebnisse zur weltweiten Armutsbekämpfung

Die EU-Kommission berichtet über ihre Tätigkeiten zur globalen Armutsminderung und zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG).

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur weltweiten Armutsbekämpfung](#)
- [Ergebnisse zu den Millenniums-Entwicklungszielen von Programmen der EU-Kommission](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- Public Policy Exchange: [Cross-Border Healthcare in Europe: Towards a Patient-Centred System](#) (12. November 2013, Brüssel)
- Eurochild: [Aufbau eines integrativen Europa - der Beitrag der Beteiligung von Kindern](#) (13. bis 15. November 2013, Mailand)
- EUPHA, ASPHER: [European Public Health Conference](#) (13. bis 16. November, Brüssel)
- Erzbistum Köln e.V.: [Europäische Woche der Begegnung für Menschen mit und ohne Behinderung 2013](#) (27. Oktober bis 02. November 2013, Bergisch Gladbach)
- EU-Kommission: ["European Space Expo": wie der Weltraum unseren Alltag verbessert](#) (05. Bis 10. November 2013, München)
- Bundesregierung, EU-Kommission, EU-Parlament: [EU-Bürgerdialog: Europäische Verbraucherpolitik - Politik für Verbraucher?](#) (08. November 2013, Oldenburg)
- EFSI, EESC: [5th European Conference on personal and household services](#) (11. bis 12. November 2013, Brüssel)
- EU-Kommission: [Third Annual Convention of the Platform against Poverty and Social Exclusion, Building an inclusive Europe – the contribution of children's participation](#) (26. bis 27. November 2013, Brüssel)
- Jugend für Europa: ["Europäisch denken – lokal handeln: Der Beitrag der Länder und Regionen für die europäische Jugendstrategie"](#) (12. November 2013, Brüssel)
- Eurochild: [Building an inclusive Europe - the contribution of children's participation](#) (13. bis 15. November 2013, Italien)
- Bundesregierung, EU-Kommission, EU-Parlament: [EU-Bürgerdialog: Soziales Europa - Zusammenhalt stärken, aber wie?](#) (15. November 2013, Chemnitz)
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: ["Investing in smart ideas for youth employment and integration and Work - Family Balance policies"](#) (18. November 2013, Brüssel)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Jan. 2014, Straßburg)
- ICCFR: ["The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family"](#) (12. bis 15. Mail 2014, Brüssel)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).